Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

77 (2.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 77 — Samstag, den 2. April 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Bericht des Völkerbundsfinanzkomitees über die Lage der Donauländer sagt, daß die vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen ungenügend bleiben mußten, wenn nicht auf dem Gebiete des internationalen Schuldenproblems wirksame Schritte unternommen würden.

*

Die französische Kammer hat das Budget endgültig verabschiedet und ist dann geschlossen worden.

*

Ueber eine Unterredung zwischen Reichsinnenminister Gröner und dem braunschweigischen Staatsminister Küchenthal wird erklärt, daß beide Minister mit vollster Offenheit die Braunschweiger politischen Fragen besprochen haben und sich in vollster Uebereinstimmung befinden.

*

Für die preußischen Landtagswahlen ist zwischen der Wirtschaftspartei, dem Landvolk und der Liste „Junge Rechte" ein Wahlbündnis zustande gekommen.

*

In der handelspolitischen Kommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer weiteren Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt.

*

Im März wurden 975 neue Konkurse und 759 Vergleichsverfahren bekanntgegeben.

Der Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die Not der Donaustaaten ist veröffentlicht worden. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Verschiebung der Lausanner Konferenz ernste Rückwirkungen auf die Weltlage und besonders auf die Donauländer gehabt hat. Der Ausschuß empfiehlt die Herstellung engerer wirtschaftlicher Beziehungen in Mitteleuropa und schlägt zunächst die Auflegung einer internationalen Anleihe vor.

*

Die Wirtschaftspartei, das Deutsche Landvolk und die Volkskonservative Vereinigung werden für die Preußenwahl eine Listenverbindung eingehen. Nächsten Montag sollen auch mit der Deutschen Volkspartei Verhandlungen in dieser Richtung stattfinden.

*

Der Leiter der deutschen Abrüstungsabordnung in Genf, Botschafter Nadolny, ist zu einer Rücksprache in Berlin eingetroffen.

*

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat das Steuerprogramm zur Deckung des Haushaltsfehlbetrages in Höhe von 1,25 Milliarden Dollar angenommen.

Umschau.

Die neuen Wahlkämpfe. — Die Bedeutung der Länderwahlen. — Tardieu in den Spuren Poincares.

):(Durlach, 2. April.

Die Osterkampfpause vor den kommenden großen Entscheidungen ist vorüber und morgen werden nun die Wahlkämpfe aufs neue einsetzen. Nur 8 Tage trennen uns von dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, bei dem die Wiederwahl Hindenburgs gesichert ist, wenn alle Wähler des bisherigen Reichspräsidenten wiederum ihre Pflicht tun. Dieser achttägige Wahlkampf wird nur die Einleitung zu den Wahlkämpfen um die Länderparlamente sein, die in 3 Wochen für den größten Teil des Deutschen Reiches entschieden werden sollen. Der 10. April kann deshalb noch nicht die Beruhigung bringen, welche die deutsche Wirtschaft so dringend notwendig hätte, und es ist außerdem die Frage, ob die kommenden Aprilwahlen tatsächlich die Möglichkeit bieten, daß die innerpolitische Lage Deutschlands eine Grundlage erhält, auf der nun endlich besser als bisher aufgebaut werden kann.

Eine neue, überwältigende Stimmabgabe für Hindenburg wird aber wenigstens zunächst der Regierung im Reich ein Weiterarbeiten ermöglichen. Hier darf kein Stillstand eintreten, besonders im Hinblick auf die außenpolitischen Probleme. Daß freilich das Ausland auf die weiteren Entscheidungen warten wird und daß demzufolge die großen Probleme außenpolitischer Art solange in der Schwebe bleiben, ist verständlich. Vergleiche mit der Wahl vor sieben Jahren, bei der es nur zwei Millionen wirklich oppositioneller Stimmen radikaler Art und Tendenz gab, die der Kommunisten, mit der Wahl vom 13. März, bei der fast die Hälfte der Wahlberechtigten sich für einen vollständigen Umbau des deutschen Verfassungssystems aussprach, werden natürlich auch im Ausland gezogen, und Deutschland gilt solange nicht als Partner für den Abschluß weittragender Verträge, als nicht seine innerpolitischen Verhältnisse einigermaßen klar gestellt sind. Wir dürfen dabei nicht vergessen — und im Ausland sieht man das ebenso gut wie bei uns — daß Deutschland augenblicklich nur aufgrund von Notverordnungen regiert wird und daß ein wirkliches parlamentarisches Leben deshalb nicht möglich ist, weil die Zerfahrenheit unserer Parteiverhältnisse das nicht zuläßt. Man würde sich aber auch innerpolitisch schwer täuschen, wenn man annähme, daß die fast 19 Millionen Stimmen, die für Hindenburg abgegeben wurden, die glatte Billigung des heutigen Notverordnungssystems bedeuteten, zumal ja auch Hindenburg selbst erst vor kurzem versichert hat, er werde den Tag segnen, an dem ein großer Teil der Notverordnungen wieder aufgehoben werden könne. Die Stimmen für Hindenburg drückten nichts anderes aus, als das Vertrauen breitester Schichten in die große Persönlichkeit des greisen Feldmarschalls.

Wäre nun die Lage so, daß wir bei den kommenden Parlamentswahlen in den Ländern durch eindeutige feste Regierungsmehrheiten eine ganz neue Kräfteverteilung, schließlich auch im Reich in sicherer Aussicht hätten, dann wäre die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands viel einfacher. Daß dem aber nicht so ist, das kompliziert eben alles so außerordentlich. Erhält das größte deutsche Land Preußen kein Parlament, aus dem heraus eine Regierung, sei sie nun mehr rechts oder mehr links gerichtet, eine feste Mehrheit sich zu sichern imstande ist, dann bleibt alles beim alten, und es muß irgendwie fortgewurstelt werden, sei es mit Hilfe einer geschäftsführenden Regierung, während im Hintergrund einer solchen Situation weiterhin und noch mehr als bisher revolutionäre Umsturztendenzen erscheinen müssen.

*

Bei der Donauaktion Frankreichs handelt es sich nicht nur um die Staaten des ehemaligen Oesterreich-Ungarn, sondern in Wirklichkeit um eine gesamteuropäische Frage, die Deutschland besonders angeht. Herr Tardieu, der neue französische Ministerpräsident, ein ausgesprochener Vertreter der nationalistischen Rechten, zeigt sich als richtiger Draufgänger, was nach seiner Vergangenheit auch nicht zu verwundern ist. Dabei hat er freilich schon Schlappen erlitten, und es ist dringend zu wünschen, daß sie Fortsetzungen finden werden. Tardieus Plan ging von Anfang an darauf hinaus, eine Wirtschafts- und Zollunion zwischen den Staaten des ehemaligen Oesterreich-Ungarn zu schaffen, diesen neuen Staatenbund unter französischen Einfluß zu bringen, und so eine Revanche für das ja so schnell zu Fall gebrachte deutsch-österreichische Zollunionprojekt zu nehmen.

Trotzdem man der Tschechoslowakei 600 Millionen Franken gepumpt hatte, zeigte man dort aber Bedenken, die ausschließlich auf wirtschaftspolitische Gründe zurückzuführen sind, und außerdem waren die europäischen Großmächte, außer England, Italien, selbstverständlich auch Deutschland, durchaus nicht damit einverstanden, ganz abgesehen von Polen, das sich als getreuester der Vasallen Frankreichs ausgeschlossen und geschädigt fühlte. Deutschland hoffte man jedoch durch finanzpolitischen Druck und außerdem vielleicht durch Zugeständnisse auf dem Gebiet der Reparationszahlungen und der Rüstungsfragen zum Schweigen bringen zu können oder auszuschalten, wenn nicht nun England vor allen Dingen verlangt hätte, daß die Donaufrage von vornherein auf europäischem Wege als große europäische Frage untersucht werde. Uebrigens hat auch England das durch Anleihen und Kredite sehr stark in den Donauländern engagiert ist, wirtschaftlich ein fast ebenso großes Interesse wie der langjährige Kreditgeber Frankreich, der freilich außerdem noch seine politischen, nicht nur gegen Deutschland, sondern faktisch auch gegen Italien gerichteten Ziele im Donauraum verfolgt.

Schließlich aber ist auch Deutschland im Südosten, abgesehen von den politischen Fragen und dem österreichischen Problem wirtschaftlich besonders stark interessiert, was schon daraus hervorgeht, daß wir im vergangenen Jahre nach den Donauländern für nahezu 1 Milliarde Mark Waren ausführten. Der französische Plan in seiner neuen Gestaltung geht offenbar darauf hinaus, England durch Zugeständnisse verschiedenster Art auf die französische Seite herüberzuziehen, und Pariser Blätter sprachen bereits von der Wiederaufrichtung einer Entente-Cordiale „gegen den wiedererwachenden Pangermanimus und die drohende, kommunistische Revolution". Das ist in Wirklichkeit das alte, nun angesichts der französischen Wahlen aufs neue angestimmte Lied: Schutz der „heiligen Verträge" von Versailles, St. Germain und Trianon um jeden Preis. Werden diese Wahlen ein anderes Frankreich als das Tardieus, des würdigen Nachfolgers Poincares bringen?

Reichsverband der deutschen Industrie

zur handelspolitischen Lage

Berlin, 1. April. Der Reichsverband der deutschen Industrie gibt über die Tagung seiner handelspolitischen Kommission, die unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. von Simson stattfand, folgende Mitteilung aus:

Eine eingehende Aussprache über die Probleme, die sich aus der Rückwirkung der deutschen Devisenlage auf die Handelspolitik ergeben, wurde durch ein Referat von Geheimrat Kastl eingeleitet. Es bestand Uebereinstimmung darüber, **daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Absperrungsmaßnahmen des Auslandes zwangsläufig zu einer Verschärfung der Devisensituation führen muß, wenn auf der einen Seite der Dienst für unsere Auslandsverschuldung aufrecht erhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Belieferung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.** Angesichts dieser Lage wird es für unerläßlich gehalten, jeden nur möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, **zu Devisenersparnissen zu gelangen,** ohne dabei die deutsche Ausfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der handelspolitischen Kommission vertrat den Standpunkt, daß **das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird.** Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt mit dem Ziel einer **bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Halbfabrikate.** Die handelspolitische Kommission steht auf dem Standpunkt, daß so bald als möglich eine Aenderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Sie vertrat im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso scharf wie etwa damit verbundene Währungsexperimente abzulehnen sind.

Zum Schluß berichtete Direktor Hans Kraemer über das am 3. März 1932 abgeschlossene **Zusatzabkommen zum deutsch-italienischen Handelsvertrag,** das zur **lebhaften Enttäuschung der Industrie** lediglich eine Bereinigung landwirtschaftlicher Streitpunkte enthält.

Drei Kandidaten im zweiten Wahlgang

Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl war mit dem 31. März abgelaufen. Es sind, wie aus Berlin amtlich mitgeteilt wird, beim Reichswahlleiter drei Wahlvorschläge eingereicht worden, nämlich für Hindenburg, Hitler und Thälmann. Diese Wahlvorschläge sind vom Reichswahlleiter zugelassen worden. Ausgeschieden sind also Düsterberg und der „Betriebsanwalt" Winter.

Zu den Wahlen in Preußen

Noch ein bürgerliches Wahlbündnis in Preußen

Berlin, 1. April. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, ist jetzt das **Wahlbündnis zwischen der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei** sowie der Liste „Junge Rechte" für die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen zustande gekommen. Zur Liste **„Junge Rechte"** gehören insbesondere die Volkskonservativen und Jugendgruppen, die ohne politische Selbständigkeit sich formiert haben, wie die Fichte-Gesellschaft usw. Die grundsätzliche Verständigung auch über die Platzeinteilung auf den Listen liegt vor.

*

Westarp führt die Landesliste der bürgerlichen Wahlgemeinschaft

Berlin, 1. April. Der preußische Landesausschuß der Wirtschaftspartei stimmte am Freitag den Vereinbarungen zu, die zwischen Wirtschaftspartei, Landvolk und Junger Rechten über eine gemeinsame Landesliste für die preußischen Landtagswahlen getroffen worden sind. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, wird die gemeinsame Landesliste vom Grafen **Westarp** geführt. An zweiter Stelle der Landesliste kandidiert der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Großke. Der frühere Vorsitzende der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abg. Ladendorff, kandidiert für den preußischen Landtag nicht mehr.

*

Deutschnationale Fraktionssitzung

Berlin, 1. April. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Freitag in Anwesenheit des Parteiführers Dr. **Hugenberg** eine Sitzung ab, in der die bevorstehenden Wahlen in verschiedenen Ländern erörtert wurden. Die Reichstagsfraktion gab eine Erklärung heraus, in der die Angriffe, die in einer Berliner nationalsozialistischen Zeitung erneut gegen Hugenberg mit Bezug auf seine Verbindung mit dem Scherl-Verlag erhoben wurden, energisch zurückgewiesen werden. Am Samstag tritt der deutschnationale Parteivorstand zusammen, um die Landesliste für die preußischen Landtagswahlen festzustellen.

„Die größte Dummheit der Weltgeschichte"

Von Hellmuth Hollstein

Bis zum Schiffbruch der ersten Lausanner Konferenz, also bis zu ihker Vertagung, ehe sie überhaupt tatsächlich begonnen hatte, reicht das neue Buch von Lloyd George über die Tributfrage, das zum Weltgespräch geworden ist. Es ist ein sehr ernstes Buch, weil es für das Wohl Englands geschrieben worden ist. Lloyd George empfindet den Februartag 1932, an dem seine Regierung unter tiefem Kotau vor Frankreich die Lausanner Einladung zurückzog und zunächst ins Ungewisse hinein vertagte, nicht in erster Linie als ein Scheitern deutscher Hoffnungen, sondern als verhängnisvollen Fehlschlag der englischen Politik. Er hilft uns dennoch bewußt, weil er als erster politisch führender Engländer die Erkenntnis ausgesprochen hat: Es war falsch, Deutschland zu zerstören, um England groß zu machen! Es erwies sich als verhängnisvoller Trugschluß, daß jeder Engländer morgen noch einmal so reich sein würde, wenn Deutschland heute vernichtet werden könnte.

Der Nachdruck bei diesem Vorgang liegt darauf, daß Lloyd George als erster der jetzt oder einst Verantwortlichen den Mut findet, diese Anschauung auszusprechen. Das bedeutet in seinem Munde nicht nur die Erkenntnis, sondern mehr, alles, Bekenntnis Der Walliser machte sich zum Träger der englischen Politik von Versailles. In höherem Sinne ist er der Hauptschuldige dieses Völkermordwerkes, weil er von den „großen Drei" der einzige war, der wußte, was er tat, wußte, daß er auf dem falschen Wege ging, wußte, daß Europa mit einem zerstörten Deutschland kein Europa mehr sein würde, sondern die Weltvormacht an Amerika verlieren könnte. Um so bedeutungsvoller für ihn, für uns und für die Welt, daß er nun den Weg zur Einkehr fand.

Lloyd George stellt mit seinem Angriff auf Versailles und die Tribute rücksichtslos seine eigene Person bloß, weil er sagen kann, daß er diesen Weg nicht gewollt und den allgemeinen Sumpf, in den er mündet, klar vorausgesehen hat. Er ist ihn doch gegangen, weil er nicht Verantwortung, nicht Fels genug war, den Haßfluten der Unterdrückungspsychose gegen Deutschland zu widerstehen. Und er hat nicht einmal die Entschuldigung, daß er allein gestanden haben würde. In Versailles war Clemenceau ein wahnwitziger Hasser, Wilson eine jämmerliche Karrikatur aller Menschenwürde, allen Gerechtigkeitsgefühls, allen sittlichen Wollens und geistigen Könnens, Lloyd George ein schwankender Feigling, der das einzig mögliche Ziel sah, aber vor dem Hindernis dahin scheute und sich in die Büsche schlug.

Durch sein Bekenntnisbuch steht dieser einzige der Ueberlebenden von Versailles nun endlich doch da, wo die Herren Hoover und Tardieu, Inhaber wichtigster zweiter Rollen bei der Festsetzung der Friedensdiktate sich einfinden müssen, ehe das Ganze sich wieder in der Richtung des Aufstiegs vorwärtsbewegen kann. Sachlich hat er uns nichts Neues zu sagen. Wir wissen nicht auf Grund von Ueberlegungen, sondern aus bittersten Erfahrungen am Leibe jedes einzelnen Deutschen, daß Versailles ein Menschheits-Verbrechen gewesen ist und wir keine Tribute mehr zahlen können und werden. Wichtiger für uns erscheint das Echo in der gegnerischen Welt. Die Pazifisten verlangen von uns, daß wir sie höchstens als „ehemals feindliche Mächte" bezeichnen, obwohl ihre antideutsche Politik in Worten und Werken wahrlich noch nicht zur Vergangenheit gerechnet werden kann. Und da dürfen wir nun bei aller Vorsicht hervorheben, daß diese neue Schrift von Lloyd George den stärksten Widerhall im Auslande findet. Es ist, als ob dieses Wort aus solcher Quelle längst erwartet, erhofft worden wäre, als sei es der Blitzschlag, der die unerträgliche Spannung eines schwülen Tages ausgleicht.

Hundertfältig ist die Zahl der Beurteiler, die Bemerkungen wie der „Observer" zu London finden und die Versailler Gewaltpolitik für „die größte Dummheit der Weltgeschichte" erklären. Soweit es sich um Engländer handelt, meinen sie damit insbesondere die englische Politik jener Tage. Da ist der Schlüssel von Spa, die Regel, nach der das deutsche Tributfell zerlegt werden soll. Lloyd George und mit ihm ganz England fassen sich an den Kopf bei der Tatsache, daß man den Franzosen, als denen, die „am schwersten gelitten" haben, 52 v. H. der Tribute zubilligte und England sich nur 22 v. H. nahm. Wehmütig ruft Lloyd George aus, daß auch England ein verwüstetes Gebiet habe. Das sei der zerschmetterte englische Handel. Aber wie ist es dazu gekommen? Hat nicht ganz England schließlich mit der „Saturday Review" vom 11. September 1897 gerufen: Deutschland muß zerstört werden!? Wäre der Weltkrieg überhaupt möglich geworden, wenn England von ihm nicht die Zerschmetterung des deutschen Handels erwartet hätte? Nun ist alles anders geworden. Lloyd George errechnet, daß der Welthandel sich 1927 verglichen mit dem Frieden auf 120 v. H. ausgeweitet habe, daß aber gleichzeitig der englische Handel auf 83 v. H. seiner Friedensausdehnung zusammengeschrumpft sei. Das ist das verwüstete Gebiet. Aber England legte die frevelnde Hand selbst an seinen Leib. Heute erst sieht man in Großbritannien, daß man Deutschland aufrichten muß, um England zu helfen. Dr. Schacht rief im vorigen Jahre „Das Ende der Reparationen"! Lloyd George, einer ihrer Väter, nimmt den Ruf auf. Vielleicht ist es doch nicht aberwitzig, von Lausanne die Wendung zu erwarten. Voraussetzung dafür ist der Zusammenschluß der Welt gegen den Ungeist von Versailles und den Ungeist eines fanatischen französischen Trägers, des Ministerpräsidenten Tardieu.

Der neue Propagandafeldzug Hitlers

München, 1. April. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht Einzelheiten über die Vorbereitung zur Propaganda für den zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl. Am kommenden Sonntag, mittags 12 Uhr, sei der Burgfriede beendet. In der gleichen Minute werde Adolf Hitler bereits vor eine Massenversammlung treten. Es ist beabsichtigt, daß er während der ganzen noch verbleibenden Woche dauernd unterwegs ist und täglich an etwa drei bis vier verschiedenen Stellen spricht Nach nationalsozialistischer Berechnung sollen auf diese Art etwa 1 Million Versammlungsbesucher Gelegenheit haben, ihn persönlich zu hören. Der Parteikorrespondenz, die von einem „gigantischen Plan" spricht, der „in der Großzügigkeit der Idee und dem Maße der zu bewältigenden Arbeit in der Geschichte parlamentarischer und anderer Wahlen nicht seinesgleichen" habe, kündigt weiter an, daß die Parteizeitungen in vervierfachter und verzehnfachter Auflage erscheinen sollen.

Massenhinrichtung mexikanischer Banditen

London, 1. April. „Daily Expreß" meldet aus Mexiko-Stadt, daß in Gelaya (Staat Guanajate) die **Hinrichtung von 48 Räubern erfolgte**, die an dem Eisenbahnüberfall bei Mariscale am 19. März beteiligt waren. Von der ursprünglich 65 Köpfe zählenden Bande wurden 17 teils bei dem Ueberfall selbst getötet, teils unmittelbar nach ihrer Festnahme standrechtlich erschossen. Durch die Massenhinrichtung, die gleichfalls durch Erschießen erfolgte, wird die gesamte Räuberbande ausgerottet. Wie man erfährt, hat Kriegsminister Calles persönlich den Vorsitz des Kriegsgerichts geführt, das das Todesurteil über die letzten 48 Mitglieder der Bande aussprach.

Sie legen Ihr

GELD

gut und sicher an bei der

VOLKSBANK DURLACH

BANK UND SPARKASSE

Letzte Kammersitzung vor den Neuwahlen in Paris

Paris, 1. April. Die Kammer hat am Freitag nachmittag in vierter Lesung das **Budget** in der vom Senat angenommenen Fassung **endgültig verabschiedet**. Ministerpräsident **Tardieu** verlas dann das Schließungsdekret der Kammer von 1928. Die neue Kammer tritt am 1. Juni zusammen. Das Budget schließt in der endgültigen Fassung mit einem Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von 3 381 742 Francs ab. Das Budget ist also nicht rechtzeitig am 31. März, dem letzten Tage des alten Budgetjahres, verabschiedet worden, doch hatte man in Kammer und Senat, wie das in früheren Jahren schon öfter geschehen war, den Schein dadurch gewahrt, daß die Uhren angehalten und erst bei Verlesung des Schließungsdekrets wieder richtig eingestellt wurden.

Zusammenstöße bei der Budgetverabschiedung in der französischen Kammer

Paris, 1. April. Die heutige Verabschiedung des Budgets erfolgte mit 435 gegen 135 Stimmen. **Tardieu hatte der Kammer fünfmal die Vertrauensfrage gestellt und eine Mehrheit von 70 Stimmen erhalten.** In der Sitzung war es mehrfach zu Zusammenstößen mit der Opposition gekommen. Herriot und dem sozialistischen Bedouce, die die Finanzregelung angriffen, erwiderte Tardieu, die Sozialisten hätten die Regierung stets dazu getrieben, an das Ausland garantielos Kredit zu gewähren. Sie hätten das Diktaturregime, das in den deutschen Notverordnungen zum Ausdruck komme, unterstützen wollen.

Weitere Enteignungen deutschen Grundbesitzes in Posen und Pommerellen

T.U. **Warschau**, 1. April. Das polnische amtliche Verordnungsblatt veröffentlicht am Freitag auf Grund des Bodenreformgesetzes eine Liste der im Laufe des Jahres zu enteignenden Grundstücke. Demnach entfallen in Posen auf deutschen Grundbesitz ungefähr 3000 Hektar und auf polnischen ebenfalls 3000 Hektar. In Pommerellen entfallen auf deutschen Grundbesitz etwa 5700 Hektar und auf polnischen nur 1600.

Wie bisher, so ist auch dieses Mal das Mißverhältnis des zur Enteignung bestimmten deutschen Grundbesitzes gegenüber der polnischen Quote auffallend. Dieses ist ferner noch um so auffallender als Polen bekanntlich den letzten Beschluß des Dreierkomitees hinsichtlich der Agrarreformklage des deutschen Abgeordneten Graebe an den Völkerbund angenommen hat. In diesem Beschluß wird beispielsweise festgestellt, daß die bisherige Enteignungspraxis der polnischen Regierung namentlich den Deutschen im Korridorgebiet gegenüber eine Verletzung der diesbezüglichen Bestimmungen des Minderheitenvertrages darstellt. Ferner wird der polnischen Regierung ein Ausgleichsverfahren mit den geschädigten Grundbesitzern anempfohlen. Schließlich ist beachtenswert, daß die zur Enteignung bestimmten Grundstücke beinahe ausschließlich westlich der Eisenbahnlinie von Bromberg nach Gdingen gelegen sind. Nichtsdestoweniger setzt Polen diese Enteignungen fort.

Irland schützt seine Industrie

London, 1. April. Der Timeskorrespondent in Dublin meldet, daß die Regierung des irischen Freistaates beschlossen habe, **einen allgemeinen Zolltarif von 33⅓ Prozent auf alle Arten von Einfuhrwaren** zu legen, die im Freistaat selbst hergestellt werden können. Waren aus Großbritannien und den anderen Teilen des britischen Weltreiches werden der Meldung zufolge eine Vorzugsbehandlung von 8⅓ Prozent genießen, also nur mit einem Zoll von 25 Prozent belastet werden.

Schluß der Atlantik-Konferenz

Brüssel, 1. April. Die Atlantik-Konferenz der am transatlantischen Verkehr zwischen Europa und den Vereinigten Staaten beteiligten Schiffahrtsgesellschaften hat ihre Arbeiten beendet. Sie gelangte zu einer Verständigung auf der Grundlage einer **20prozentigen Preissenkung für die Beförderung von Reisenden der 1. und 2. Klasse** sowie der 2. Touristenklasse und einer 10prozentigen Senkung für die 3. Klasse und die 3. Touristenklasse.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

17. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das gleiche Bestreben hatte der Franzose; er wollte sich keinesfalls überrunden lassen und brauste in die Kurve hinein. War seine Berechnung falsch gewesen, sein Unternehmen zu tollkühn, oder woran es sonst gelegen haben mochte, kurz, das Hinterteil seines Wagens schleuderte beim Nehmen der Kurve zur Seite. Mit Entsetzen sahen es Bartelt und Elli.

Dieters Wagen schoß heran; die Insassen des Flugzeugs schrieen auf, und dieses selbst geriet durch die unsichere Führung ins Schwanken.

Was sich in einem Bruchteil der nachfolgenden Sekunde zutrug, blieb in der Seele aller Augenzeugen als größte Erschütterung haften.

Sie bemerkten, wie Dieter, der in gleicher Weise wie der Franzose die Kurve nehmen wollte, bei deren Erreichen plötzlich den schrägstehenden Wagen des Vordermannes vor sich sah, und wie er mit aller Kraft das Steuer herumriß, um die äußere Seite zu erreichen, es aber doch nicht verhindern konnte, daß sein Wagen den französischen streifte, ihn umwarf und im selben Augenblick selbst zu stürzen drohte. Dieters Wagen schwebte einen Augenblick halbseits in der Luft. Wie durch ein Wunder erlangte er jedoch sein Gleichgewicht zurück und schoß aufs neue davon.

Eine Explosion erschütterte die Luft. Der französische Wagen brannte.

Dieter und Kramer hatten den Stoß wohl deutlich gespürt, aber zu erfassen, was sich eigentlich zugetragen, war ihnen unmöglich gewesen. Ein Unglück gewiß, aber wie es ausgegangen, wußten sie nicht; beim Eintreffen am Start erfuhren sie es, als sie ihre Meldung erstatten wollten.

Die frohe Stimmung war wie weggeblasen; das Unglück, das zwei Menschenleben gefordert hatte, lastete schwer auf allen Gemütern, und das Bedrückendste für Reichlin war, daß eins seiner Fahrzeuge daran beteiligt war. Es wurden Stimmen laut, die Dieter ohne weiteres die Schuld gaben. Wäre er nicht in diesem Wahnsinnstempo gefahren, würden die beiden jetzt noch am Leben sein, wurde behauptet. Andere wieder, die gerechter dachten, hielten dem entgegen, daß er dieses Tempo ja gezwungenermaßen habe fahren müssen, wenn er gewinnen wolle, und daß jeder, der sich an einem solchen Rennen beteiligt, damit rechnen müsse, sein Leben aufs Spiel zu setzen. Wollte man lediglich Dieter Helling die Schuld wegen seiner scharfen Fahrt geben, dann müßte man Autorennen überhaupt verbieten. Jeder der Fahrer fuhr beim Ueberholen in weitem Bogen um seinen Vordermann herum und mäßigte an allen Kurven das Tempo. Keiner dachte mehr daran, Rekord zu fahren.

Als unbestrittener Sieger durchfuhr Dieter Helling das Ziel; sein schärfster Konkurrent, Graven-Detten, hatte zuletzt noch Reifenschaden gehabt und konnte nur sechster werden.

Bei Bekanntgabe des Ergebnisses, und vor allen Dingen der ausgezeichneten Zeit, in der Dieter, trotz aller Zwischenfälle, das Rennen gewonnen hatte, brauste stürmischer Beifall über den Platz.

Dieters Wagen wurde umdrängt, er selbst samt seinem Begleiter von der Werkstatt-Mannschaft der Reichlin-Werke aus dem Wagen gehoben und wie ein großer Held gefeiert.

Durch die Menge der Umstehenden drängte sich Reichlin, von Frau und Tochter begleitet, gratulierte ihm und dankte ihm in warmen Worten. Auch Frau Cornelia beglückwünschte ihn mit süß-saurer Miene. Isa hatte einen ganzen Arm voll Blumen, die sie Dieter freudestrahlend überreichte, aber auch Kramer bekam seinen Teil ab.

Dann kam Detten heran. Trotz der wahnsinnigen Wut, die in ihm kochte, drückte er Dieter die Hand und gratulierte ihm, scheinbar neidlos, zu dem glänzend errungenen Siege.

„Es ist ein Jammer, und es tut mir wirklich leid, daß auf Ihre Bravourleistung ein Schatten fällt. Aber ich bin überzeugt, daß Ihnen an dem Unglücksfall nicht die geringste Schuld beigemessen werden kann."

Keinem war es eingefallen, Dieters Triumph durch Erwähnung des Unglücks zu beeinträchtigen. Das blieb Detten vorbehalten, der es sich nicht versagen konnte, seinem Herzen wenigstens etwas Luft zu machen. Auf allen Gesichtern zeigte sich denn auch bei seinen Worten ein Ausdruck des Unwillens.

Während sich die Masse zerstreute und auch die Fahrer sich von der Bahn zurückzogen, begaben sich Dieter und Kramer zur Vernehmung über den Unglücksfall zur Rennleitung. Sie sollten dort zu Protokoll aussagen.

Sie wiederholten ihre Aussagen und die Rennleitung gab sich im allgemeinen mit ihrer Darstellung zufrieden, wenngleich einige Herren bemangelten, daß Dieter in der Kurve nach innen eingebogen sei; sie waren der Ansicht, daß er dies keinesfalls hätte tun dürfen.

Ein Bahnposten, der in der Nähe gestanden hatte, berichtete, daß Chavons Wagen in voller Fahrt in die Kurve gegangen sei. Man habe geglaubt, er werde glatt vorüberziehen, als gleich darauf die Bremsen angezogen worden sein mußten, denn die Vorderräder blockten, rutschten, der Wagen wurde herumgeschleudert und es hatte den Anschein, als wollten die beiden Fahrer aus dem Wagen herausspringen. Jedenfalls habe er gesehen, wie beide sich schnell aufrichteten und den Kopf nach ihrem Hintermann umdrehten, im gleichen Moment sei der Zusammenstoß erfolgt.

Ein Anruf aus Berlin erfolgte. Bartelt teilte der Rennleitung mit, er sei in der Lage, ihr eine Filmaufnahme von dem Unglück zur Verfügung zu stellen, falls dies gewünscht werde. Man bat ihn darum, und in den frühen Morgenstunden überbrachte Elli Brunke mit ihrem Flugzeug der Rennleitung die fertige Aufnahme.

Jetzt konnte man sich davon überzeugen, daß sich die Vorgänge bei dem Unglück so abgespielt hatten, wie es der Bahnposten geschildert. Eins konnte der Film allerdings auch nicht aufklären, nämlich warum die beiden ein völlig intaktes Fahrzeug an einer sehr gefährlichen Stelle zum Halten gebracht und es hatten verlassen wollen.

Durch den Tod der beiden blieb das Ganze ein Geheimnis, das noch dadurch um eine Nuance seltsamer wurde, daß Chavon am Morgen des Renntages eine beträchtliche Summe deutschen Geldes erhalten haben mußte, die er auf sein Bankkonto überwiesen hatte. Vielleicht wäre in die Angelegenheit Licht gekommen, wenn man diesem Umstande nachgegangen wäre, was man jedoch nicht tat; nur der allerengste Kreis erfuhr überhaupt davon.

(Fortsetzung folgt.)

Baden

Haushaltsausschuß des Bad. Landtages

Karlsruhe, 1. April. Im Verlauf der Ausschußberatung über das **Unterrichtsbudget** wurde festgestellt, daß beim Staatstechnikum der Zuschußbedarf pro Student 578 RM. ist. Bei der Uhrmacherschule Furtwangen kommt auf einen Schüler ein Staatszuschuß von 1150 RM. An den Gewerbeschulen beträgt bei zehn Stunden Wochenunterricht der Kopfzuschuß 69 RM. Vor dem Kriege kamen auf einen Lehrer 79,6 Schüler, jetzt 38, bei den Handelsschulen beträgt der Staatszuschuß pro Schüler 89 RM. Auf einen Lehrer entfielen vor dem Kriege 93,5 Schüler, jetzt 28,7. Die Regierung beabsichtigt einen sofortigen **Abbau an Gewerbeschulen von 27 Stellen und später noch von 127 weiteren Stellen, bei den Handelsschulen einen Abbau von 67 Stellen.** Diese Maßnahmen sind bei dem Schulrückgang zwangsläufig. An den **Volksschulen** beträgt der Kopfzuschuß 65 RM., bei den Fortbildungsschulen 76 RM. Die **Schülerzahl** der Volksschulen in Baden ist seit der Vorkriegszeit **um mehr als 80 000 zurückgegangen, während die Lehrerzahl um rund 1600 anstieg.** Infolge des Schulbeitrages haben die Gemeinden den Abbau einer so großen Zahl von Lehrerstellen gefordert, daß das Ministerium sich gezwungen sieht, sich schützend vor die Lehrerschaft zu stellen. Abgebaut wurden bis jetzt: An übergesetzlichen Lehrstellen 46, nächstes Jahr sollen weitere 160 folgen. Etwa 80 Lehrkräfte sind freiwillig ausgeschieden. Frei geworden sind bis jetzt durch Zuruhesetzung 260 gesetzliche Stellen, deren Zahl sich noch erhöhen wird. Die Sperre der Dienstalterszulage wird nicht mehr aufrecht erhalten. Junglehrer erhalten, wie eine soeben ergangene Verordnung bestimmt, künftig monatlich eine Vergütung von 120 RM. Der Ausschuß hat sämtliche Kapitel des Unterrichtsbudgets genehmigt und die vorliegenden Gesuche der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Bei der Beratung des Unterrichtsetats im Haushaltsausschuß führte **Minister Dr. Baumgartner** folgendes aus: Die Gesamtschullage kann bei der jetzigen Finanzlage nicht bestehen bleiben. Es drohe sogar Gefahr weiterer Rücküberweisungskürzungen. Die Eingabe des Lehrervereins bedeutet hinsichtlich der Schulbeiträge einen Verlust von 5,1 Millionen RM. Die Beibehaltung des Teilers 55 bedeutet eine Mehrausgabe von über 2 Millionen RM. Der Schülerdurchschnitt pro Lehrer auf dem Lande ist 46, in den Städten 38,1. Die Ueberführung von Außerplanmäßigen in Planstellen „für ihre Person" würde eine Mehrausgabe von 300 000 RM. ausmachen. Die Erfüllung sämtlicher Forderungen in der Eingabe des badischen Lehrervereins bedeutet einen Mehraufwand von 9,18 Millionen RM. So berechtigt manche Forderung ist, finanziell ist sie zur Zeit nicht tragbar. Daß die Lehrerschaft vom Altersabbau besonders betroffen ist, rührt eben von Ueberschwänglichkeiten der vergangenen Zeit her. Die Gemeinden haben manche kostspielige Forderung an die Regierung gestellt, solange der Staat die Personalkosten allein trug. Die überalterten Lehrkräfte vor 1920 könnten alle planmäßig sein, wenn sie, besonders die weiblichen Lehrkräfte, sich auf das Land gemeldet hätten. Vom Jahrgang 1922/23 sind bereits 210 Lehrer planmäßig. Daher könnten jetzt alle früheren Jahrgänge planmäßig sein. Zum Beispiel für Buchholz bei Freiburg haben sich 125 Lehrer beworben, für Furtwangen nur 4, Dallau und St. Märgen wurden vergeblich dreimal ausgeschrieben. Das gesamte Budget des Ministeriums des Kultus und Unterrichts wurde mit 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen (ein Demokrat und ein Nationalsozialist) angenommen, die Eingabe des badischen Lehrervereins gegen die Stimmen des Zentrums der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen mit der Maßgabe, daß geprüft wird, welchen Einzelheiten nähergetreten werden kann, ohne daß dadurch eine finanzielle Mehrbelastung im gegenwärtigen Voranschlag entsteht.

Aus dem Voranschlag des Ministeriums des Innern

Karlsruhe, 1. April. Im Voranschlag des Ministeriums des Innern für 1932 und 1933 betragen die jährlichen fortdauernden **Ausgaben** des ordentlichen Haushalts 45 122 400 RM. Das bedeutet gegen bisher eine Verminderung um 20,8 Millionen RM. Demgegenüber stehen an fortdauernden **Einnahmen** pro Jahr 26 759 700 RM. Diese haben sich um 13,6 Millionen RM. verringert. An einmaligen Ausgaben verzeichnet das Innenministerium 735 300 RM., an einmaligen Einnahmen 313 000 Reichsmark.

Im einzelnen sind folgende Ausgabeposten hervorzuheben: Ministerium 901 800 RM. (weniger 316 900 RM.), Landeskommissäre 150 800 RM. (weniger 38 600 RM.), Verwaltungsgerichtshof 89 100 RM. (weniger 22 100 RM.), Bezirksverwaltung 6 970 500 RM. (weniger 1 678 000 RM.). Dazu einmalige Ausgaben 101 000 RM. und zwar 100 000 RM. für den Luftverkehr (bisher 130 000 RM.) und ein Beitrag von 1000 RM. für das Lehrinstitut des Reichsverbandes Deutscher Dentisten in Karlsruhe. Polizei und Gendarmerie 18 620 800 RM. (weniger 2,4 Millionen RM.), soziale Versicherung 506 700 RM. (weniger 811 300 RM.), Landesarbeitsanstalt Kislau 135 900 RM. (weniger 64 800 RM.), Wohlfahrtspflege 6 653 200 RM. (weniger 10,6 Millionen RM.), Heil- und Pflegeanstalten 5 244 300 RM. (weniger rund 2 Millionen RM.), Badanstalten 50 000 RM. (weniger rund 1 Million RM.), Landesfrauenklinik 245 600 RM. (weniger 145 700 RM.), Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht 229 600 RM. (weniger 82 200 RM.). Dazu kommen als einmalige Ausgaben 469 000 RM. als Zuschüsse für die werteschaffende Arbeitslosenfürsorge, 20 000 RM. als Staatsbeiträge an gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate. Gewerbe und Handel: 170 300 RM. (weniger 92 000 RM.). Dazu als einmalige Ausgabe ein Beitrag von 10 000 RM. zum Aufwand des Badischen Verkehrsverbandes e. V. (bisher 15 000 RM.), Eichwesen 222 900 RM. (weniger 69 500 RM.), Bearbeitung der Landesstatistik 178 400 RM. (weniger 84 600 RM.), dazu als einmalige Ausgabe der Betrag von 24 300 RM. zur Fortführung der Gemeindefinanz- und -schuldenstatistik. Landwirtschaft und Ernährung 4 665 300 RM. (weniger 1,2 Millionen RM.); dazu als einmalige Ausgabe die Summe von 100 000 RM. an Reichsüberweisungen (Beihilfen und Zinsverbilligungszuschüsse) für Förderung der Landwirtschaft.

Bei den **Einnahmen** ist ein Rückgang aus Verwaltungsgefällen von 4,4 Millionen auf 3 170 000 RM festzustellen. Die Badische Gebäudeversicherungsanstalt und die Feuerversicherungsunternehmungen geben jährlich 500 000 RM. für gemeinnützige Zwecke ab. Der Beitrag des Reichsministers des Innern zum Aufwand für Polizei und Gendarmerie beziffert sich auf rund 7,5 Millionen RM. (weniger etwa 176 000 RM.). Der Beitrag des Reiches an die Länder für Zwecke polizeilichen Schutzes ist von Beginn des Rechnungsjahres 1931 an von 195 auf 190 Millionen RM. ermäßigt worden. Dafür hat sich das Reich verpflichtet, den Betrag von 190 Millionen RM. bis 1934 einschließlich weiter zu gewähren. Als Beitrag der Gemeinden zu den Kosten von Polizei und Gendarmerie ist die Summe von 3.8 Millionen RM. jährlich eingestellt gegen bisher 3,4 Millionen RM. Die Ueberweisung des Reiches zur Bekämpfung des Alkoholismus hat eine Verminderung um 11 000 RM. auf 10 500 RM. erfahren. Die Heil- und Pflegeanstalten erbringen jährlich rund 5,4 Millionen (rund 477 000 RM. weniger).

Verstaatlichung der Gemeindegrundbuchämter in Baden

Karlsruhe, 1. April. Auf 1. April d. J. tritt in Baden eine wichtige Aenderung in der badischen Grundbuchamtsverfassung ein. Gemäß Artikel 36 § 1 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 werden die **Gemeindegrundbuchämter** Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim und Pforzheim auf 1. April d. J. **aufgehoben.** Das frühere Gemeindegrundbuchamt Durlach wurde bereits auf 1. Januar 1932 aufgehoben. Vom 1. April d. J. an gibt es in Baden nur noch staatliche Grundbuchämter. Anstelle der aufgehobenen Gemeindegrundbuchämter treten staatliche Grundbuchämter im Sinne des Grundbuchausführungsgesetzes. Danach sind zwei Arten von staatlichen Grundbuchämtern zu unterscheiden: 1. Grundbuchämter, bei denen die Grundbücher im Rathaus oder sonstigen von der Gemeinde gestellten Räumen verwahrt werden und der Grundbuchbeamte nicht ständig in diesen Räumen anwesend ist, 2. Grundbuchämter, bei denen diese Voraussetzungen nicht vorliegen, bei denen also die Grundbücher in staatlichen Räumen verwahrt werden — das sind die Grundbuchämter Lahr, Offenburg und Weinheim — oder bei denen zwar die Grundbücher in Räumen verwahrt sind, die von der Gemeinde gestellt werden, bei denen aber der Grundbuchbeamte ständig, d. h. in den üblichen Dienststunden in den Räumen des Grundbuchamts anwesend ist. Hierzu gehören vom 1. April d. J. an die Grundbuchämter Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim und Pforzheim. Die unter 2. fallenden Grundbuchämter, also alle, mit Ausnahme der unter Ziffer 2 genannten zehn Grundbuchämter, haben einen Grundbuchhilfsbeamten, der Gemeindebeamter — in der Regel Ratsschreiber — ist, während die unteren 2 genannten zehn Grundbuchämter ausschließlich von staatlichem Personal verwaltet werden. Grundbuchbeamte sind in allen Fällen die Notare. Es können also künftighin notarielle Geschäfte aller Art auch in den Räumen des Grundbuchamts abgeschlossen werden, was bisher nicht der Fall war, da die bisherigen Gemeindegrundbuchämter keine notarielle Befugnisse hatten.

Erlaubnissperre für neu zu errichtende Schankwirtschaften

Karlsruhe, 1. April. Am 29. März tritt die Verordnung des Ministers des Innern über die **Erlaubnissperre für neu zu errichtende Schankwirtschaften in Kraft.** Dem Vorgehen der Länder Preußen und Sachsen folgend, bestimmt die Verordnung, daß bis zum 31. Dezember 1934 Erlaubnisse für neu zu errichtende Schankwirtschaften jeder Art und für die Ausdehnung bestehender Schankwirtschaften auf nicht zugelassene Arten von Getränken und auf nicht zugelassene Räume nicht mehr erteilt werden dürfen. Ausnahmen in besonderen Fällen kann nur der Minister des Innern bewilligen, doch ist zur Fernhaltung aussichtsloser Gesuche vorgesehen, daß Anträge, die für eine Ausnahmebewilligung ungeeignet sind, schon von den Bezirksämtern (Polizeipräsidien, Polizeidirektionen) abzuweisen sind, bei denen alle Ausnahmegesuche eingereicht werden müssen. Die Verordnung, deren Rechtsgrundlage das Gaststättengesetz von 1930 bildet, ist im Einverständnis mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinigungen im Wirtschaftsgewerbe erlassen worden aus der Erwägung, daß die bestehenden Schankwirtschaften in Baden jeglichem Bedürfnis völlig gerecht werden, und daß eine Vermehrung ihrer Zahl volkswirtschaftlich höchst unerwünscht ist.

Berufsvorbereitung der schulentlassenen Jugend

Es wird infolge der gegenwärtig überaus schlechten Wirtschaftslage für viele Schulentlassene, die sich einem praktischen Beruf zuwenden wollen, nicht möglich sein, für die nächste Zeit eine Lehrstelle zu finden. Obwohl an Ostern d. J. der schwächste aller Kriegsgeburtenjahrgänge die Volksschule verlassen wird, wird die Mehrzahl der Entlassenen bei der herrschenden Wirtschaftskrise vorerst keine Aufnahme im Wirtschaftsleben finden können. Es wird Aufgabe aller beteiligten Stellen sein müssen, unter diesen Umständen anderweitig für die Sicherstellung des Zugangs zur praktischen Arbeit zu sorgen, die zu produktiv-werktätigen Arbeitsberufen geeigneten und verfügbaren Kräfte zu erfassen und ihre spätere Nutzbarmachung vorzubereiten.

Wohl die meisten der jungen Schulentlassenen werden das Bestreben und Bedürfnis haben, auf bestimmten Neigungsgebieten sich jetzt schon für ihre spätere berufliche Betätigung entsprechende Kenntnisse zu erarbeiten und die Zeit nicht ungenützt verstreichen zu lassen. Diesem Leistungswillen und Tätigkeitsdrang muß irgendwo entgegengekommen werden. Die Ausbildung des werktätigen Nachwuchses ist nicht mehr bloß privatrechtlich zu werten, sondern sie berührt in erheblichem Maße die Interessen der Allgemeinheit.

Auch manche Eltern werden den Wunsch haben, ihre schulentlassenen Kinder einer fachlichen Ausbildung entgegenzuführen, schon um sie wenigstens für die nächste Zeit den Gefahren der Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit nach Möglichkeit zu entziehen.

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß hierfür in erster Linie die badischen Fachschulen (Handels- und Gewerbeschulen) in Betracht kommen. Durch Erlaß des Ministeriums des Kultus und Unterrichts Nr. B. 180 vom 3. März 1930 ist der freiwillige Besuch der Gewerbeschulen erleichtert worden. Es bedarf darnach nur einer Bescheinigung der Erziehungsberechtigten, daß die Schüler einen gewerblichen Beruf erst später ergreifen sollen, weil für sie augenblicklich eine Lehrstelle nicht gefunden werden kann.

Die badischen Fachschulen werden sich so an der Lösung der durch die außerordentlichen Notverhältnisse, besonders erschwerten Frage der Beschäftigungsmöglichkeit der schulentlassenen Jugendlichen, sowie der Sicherstellung und Vorbereitung des Nachwuchses für die wirtschaftliche und praktische Arbeit wirkungsvoll und verdienstlich beteiligen können..

DEUTSCHE BANK
UND
DISCONTO-GESELLSCHAFT

ZAHLSTELLE DURLACH
Hauptstraße 32 Fernsprecher 666

Schnelle und zuverlässige Erledigung
aller bankmäßigen Geschäfte

Ein Mord nach 12 Jahren aufgeklärt

Die Untersuchung im Fall Grüninger. — Noch kein Geständnis, aber neue Indizien. — Auch Aufklärung der Mordsache Schwall?

Karlsruhe, 2. April. Die Staatsanwaltschaft hat in der nunmehr schon über zwölf Jahre zurückliegenden Mordaffäre Grüninger kurz vor Ostern eine Verhaftung vorgenommen und inzwischen ist die Voruntersuchung gegen den der Tat dringend verdächtigen Maler K. aus Daxlanden fortgeschritten, ohne allerdings bis jetzt ein positives Ergebnis zu haben. Der Verhaftete leugnet nach wie vor, mit der Tat in irgendwelcher Verbindung zu stehen.

*

Karlsruhe, 31. März. (85 Jahre alt.) Der Begründer der badischen Plastikerschule, Professor Dr. Hermann Volz, feiert in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 85. Geburtstag.

Pforzheim, 31. März. (Fahrlässigkeit.) Im Hause Calwerstraße 9 stellte eine Bewohnerin eine Holzkiste mit glühender Brikettasche (!) auf den Speicher. Es brach ein Brand aus, der einen Teil des Dachstocks zerstörte.

Mannheim, 31. März. (Die städtische Finanzlage.) Ueber die gegenwärtige Finanzlage Mannheims gab Bürgermeister Dr. Walli einige Zahlen bekannt. Der Anteil der Stadt Mannheim an den Reichsüberweisungssteuern ist von 6,4 auf 4,5 Millionen zurückgegangen. Die Einsparungen an Gehältern und Löhnen infolge Kürzung der Bezüge werden fast 2,3 Millionen betragen. Einsparungen sachlicher Art wurden über die Voranschlagssumme von 1,265 Millionen RM. hinaus in Höhe von weiteren 1,2 Mill. RM. gemacht. Trotzdem wird das Jahr 1931 mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen.

Mannheim, 31. März. (Tot aufgefunden.) Gestern früh wurde in einem Hause der Unterstadt ein 55 Jahre alter verheirateter Bauschreiner im Hofe neben der Haustreppe tot aufgefunden. Der Mann ist vermutlich während der Nacht auf dem Heimwege die Treppe herunter gefallen.

Bühl, 31. März. (Tagung.) Am 2. und 3. Juli ds. Js. wird hier die Landestagung der badischen Schuhmachermeister stattfinden.

Heidelberg, 31. März. (19. Deutsches Bachfest.) Das 19. Deutsche Bachfest der Neuen Bach-Gesellschaft Leipzig findet am 3., 4. und 5. Juni in Heidelberg statt.

Eberbach, 1. April. (Nach 16 Jahren wiedergefunden.) Die Ehefrau eines Fuhrmanns in Eberbach a. N. verlor i. J. 1916 beim Schneiden von Farnkraut im Gammelsbachtal ihren Ehering. Am Gründonnerstag dieses Jahres fand man auf einem ganz anderen Acker am Zahn einer Egge den seit 16 Jahren vermißten Ehering. Der Weg, den der Ring nahm, ist kein legaler; denn er kam mit dem Farnkraut in den Stall und somit in den Mist und mit dem Mist auf den Ackerboden, wo er viele Jahre ruhte.

Eberbach, 31. März. (Mit Beil und Messer gegen die Mutter.) In betrunkenem Zustand bedrohte ein 19jähriger Bursche seine Mutter tätlich und versuchte die Fliehende mit einem feststehenden Messer und Beil zu treffen. Die herbeigerufene Polizei feuerte Schreckschüsse ab, worauf der Unmensch von seinem Vorhaben abließ und festgenommen werden konnte.

Rauenberg, A. Wiesloch, 31. März. (Wiederaufnahme des Betriebs.) Nachdem das Ziegelwerk der Gebr. Bott in Bruchsal während der Wintermonate stillgelegt worden war, hat es am Mittwoch den Betrieb wieder voll aufgenommen und beschäftigt zurzeit 100 Arbeiter.

Gissigheim, A. Tauberbischofsheim, 31. März. (Ehrenbürger.) Der fränkische Dichter Wilhelm Weigand, der am 13. März 1862 hier geboren wurde, wurde aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehrenbürger von Gissigheim ernannt.

Oestrich (Rhein), 31. März. (Vandalismus.) Nachts wurden auf den Feldwegen von Rohlingen mehrere Feldkreuze umgeworfen und zerstört. In der Kreuzkapelle, im sogenannten Ersthäuschen, wurden sämtliche Gegenstände geraubt und die Christusfigur abgerissen. Bis jetzt ist es der Polizei nicht gelungen, der Rohlinge habhaft zu werden.

Lörrach, 31. März. (Wirtschaftlicher Zusammenschluß.) Auch im Verbrauchergebiet St. Blasien-Schopfheim-Lörrach-Müllheim wurde der milchwirtschaftliche Zusammenschluß vollzogen. Die Vereinigung hat ihren Sitz in Schopfheim.

Furtwangen, 31. März. (30 Bewerber.) Für den hiesigen Bürgermeisterposten sind nunmehr 30 Bewerbungen eingegangen. 14 der Kandidaten wohnen außerhalb Badens. Ein Kandidat ist Furtwanger.

*

— **Beschäftigung der Junglehrer in Baden.** Der Unterrichtsminister hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister folgendes bestimmt: Nach Maßgabe der aus Paragraph 22 a des Besoldungsgesetzes in der Fassung von Artikel 45 Ziffer der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 sich ergebenden Ersparnisse an den Bezügen der weiblichen Lehrkräfte an Volks- und Fortbildungsschulen sowie am Fortbildungsschullehrerinnen- und Handarbeitslehrerinnenseminar werden Junglehrer(-innen) unter Gewährung einer Pauschalvergütung von netto (d. i. nach Berücksichtigung der bisher angeordneten Gehaltskürzungen) monatlich 120 RM. an Volks- und Fortbildungsschulen über die gesetzlich gebotene Lehrerstellenzahl hinaus als **Schulpraktikanten** in voller Verantwortung mit höchstens 24 Wochenstunden beschäftigt. Die Vorschriften der Paragraphen 26—28 des Schulgesetzes und die Vorschriften des Steuerverteilungs- und Schulaufwandsgesetzes finden auf die Schulpraktikanten keine Anwendung. Diese Verordnung tritt am 1. April 1932 in Kraft.

— **Grunderwerb- und Zuwachssteuer in Baden.** Das Gesetz- und Verordnungsblatt gibt in Nr. 20 den Wortlaut der Gesetze über die Grunderwerbssteuer und die Zuwachssteuer in der nunmehr gültigen Fassung bekannt. Das Gesetz über die Zuwachssteuer tritt, soweit es noch nicht in Kraft gesetzt ist, am 1. April 1932 in Wirksamkeit. Dazu haben die Minister des Innern und der Finanzen eine gemeinsame Verordnung erlassen, derzufolge die Besteuerung des Wertzuwachses nach den Bestimmungen einer beigefügten Mustersteuerordnung erfolgt. Die Verwaltung der Zuwachssteuer ist dem Präsidenten des Landesfinanzamtes Karlsruhe übertragen. Die Befugnis aus Paragraph 477 der Reichsabgabenordnung bleibt dem Minister des Innern vorbehalten. Die Finanzämter werden eine Verwaltungsentschädigung von 4 v. H. des Aufkommens einbehalten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todes-Anzeige.

Unerwartet schnell entschlief heute früh mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager

Alois Modery

im Alter von 60½ Jahren.

DURLACH, den 2. April 1932.

In tiefer Trauer:
Rosa Modery Wtw.
und Tochter Elisabeth
Familie Lux
Familie Modery, Mannheim.

Beerdigung findet Montag nachmittag 4 Uhr in Durlach statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Mutter

Marie Schaber Wtw.

sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Durlach-Aue, den 2. April 1932.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Fritz Wicker.

Zum weißen Sonntag
empfehle ich
Blatt- und blühende Pflanzen
sowie bei Bedarf
alle Arten Bindereien
Georg Koch
Grötzingerstr. 69 Ladengeschäft Telefon 382

Das Anlegen und Unterhalten von
Nutz- und Ziergärten
wird bei billigster Berechnung übernommen, daselbst wird **Erbsenreis**
abgegeben, per Bund 40 ₰.
Christian Schmitt, Herrenstraße 26

Geschäfts-Uebernahme und -Empfehlung.

Der verehrten Einwohnerschaft von Durlach-Aue und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich das Geschäft meines Vaters, die
Metzgerei und Wirtschaft zum „Waldhorn"
in Durlach-Aue übernommen und eröffnet habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Karl Oehler jr. und Frau

Offizielle Eröffnung heute abend ½9 Uhr, wozu einladet.
D. O.

Nordd. Saatkartoffel
Böhms allerfrüheste gelbe, Odenwälder blaue Ackervögel, Edeltrant und Erdgold, ebenso gelbfleischige Speisekartoffel sind eingetroffen u. können nächste Woche bei mir im Lager, Auerstraße 48 pfund- u. zentnerweise abgeholt werden
Jakob Gerhardt
Telephon 50.

Fritz Scheuble / Malergeschäft
Werderstraße 13 Telephon 508
Isolierarbeiten an feuchten salpeter- oder ammoniakhaltigen Wänden mit jahrelanger Garantie. Ia. Referenzen.

Marken-Düngerkalk
95—99 % garantiert höchste Mahlfeinheit in Zentnersäcken zu haben bei
Max Kiefer
Mittelstraße 10 Telephon Nr. 82

Damen-Mäntel und Kleider
zu extra billigen Preisen!

Flotte Frühjahrs-Mäntel in nur solid. Stoffen u. neuen Formen ganz auf K'Seide gefüttert 24.50 19.50 14.50 **9.50**
Frauen-Mäntel bis zu den größten Weiten, marine u. schwarz, beste Ausführung 48.— 39.50 29.50 **19.50**
Fesche Shetland-Mäntel in modisch. Schnitt u. Ausarbeitung besonders schöne Farben 49.50 39.50 29.50 **19.50**
Aparte Sommer-Mäntel in den neuesten Diagonal- u. Bouclé-Bindungen 75.- 65.- 48.- 42.- **38.00**
Imprägnierte Mäntel reine Wolle 39.50 29.50 19.50 **14.50**
Loden-Mäntel in bewährten reinwoll. Münchener Qualitäten 36.50 24.50 19.50 **14.50**
Trench-Coat-Mäntel marine und sportfb. 17.50 1[illegible].50 12.50 **8.50**
Damen-Kostüme in K'garn, Diagonal u. Shetland 48.— 36.50 24.50 **16.50**
Woll-Kleider einfarb. in den neuen Frühjahrsfarb. 24.50 19.50 16.50 11.50 **7.50**
Bolero-Kleider reine Wolle, mit aparter Westen- u. Ärmelgarnit. 29.50 22.50 14.50 **11.75**
Seidene Kleider in Maroc. u. Flamenga in besonders fescher Bolerolorm 35.— 27.50 **19.75**
Frauen-Kleider für starke Damen in Wolle u. Seide, bis Größe 52 reichhaltigste Auswahl 48.— 36.50 24.50 **19.50**
Frühjahrs-Complets das elegante Kleidungsstück in den modernsten Ausführungen 65.— 48.— 39.50 **22.50**
Kostüm-Röcke reine Wolle 9.50 6.75 4.50 **2.90**
Neue Kostüm-Blusen fesche Façons, K'Seide-Marocain 14.50 10.75 8.50 **4.75**
Neue modische Strickwaren Blusen Westen Pullover

Carl Schöpf
Karlsruhe

Skala-Tonfilm-Theater

Hans Albers, das Urbild männlicher Energiegestähltheit, spielt mitreisend die Rolle des »Greifers« und wird zum Sieger über Publikum und »Messer Jack«

Täglich 7 und 9 Uhr
Sonntag 5, 7 u. 9 Uhr

Überzeugen auch Sie sich von den vielen Vorzügen unseres guten Edelweißrades gegen ein gewöhnliches Fahrrad und wie billig es ist. Katalog 130 mit neuesten Preislisten auch über Nähmaschinen, Gummireifen, Rahmen, Pedalen und alles andere sendet an jeden gratis und franko. Bisher über ¾ Million Edelweißräder geliefert.
Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 34
Fahrradbau-Leistungsfähigkeit pro Woche 1000 Edelweißräder

Gasthaus zum Lamm.
SONNTAG
Großes Eröffnungskonzert
ausgeführt von der gesamten Kapelle des Instrumental-Musikvereins unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Hugo Schumann.
Zu freundlichem Besuche ladet ergebenst ein
C. Wagner u. Frau.

Geschäfts-Eröffnung
Unterzeichneter empfiehlt sich im **Anfertigen und Aufarbeiten** von
Polstermöbel, Matratzen u. Dekorationen
sowie aller in sein Fach einschlagenden Arbeiten bei zeitgemäßen Preisen.
Hochachtungsvoll
Karl Ritter, Tapezier u. Dekorateur
Auerstraße 13

„Parkschlössle"
Heute **TANZ**

Blume Durlach
Morgen Sonntag
Großer Ball
(erstkl. Orchester)
Ab 6 Uhr
Fidele Biermusik
ausgeführt vom Musikverein Lyra

Frische Trinkeier
zum Einlegen hat abzugeben
Geflügelfarm Rittnerthof, Tel. 5.

Schaefer's Hafer-Cacao
Pfund 80 Pfg. empfiehlt
Drogerie Schaefer.

Abonnenten kauft bei unseren Inserenten!

Kleine Beträge

Bezirks-Sparkasse Durlach
Oeffentliche Verbandssparkasse

Heute frischer Anstich
von prima
Kulmbacher
Exportbier
3/10 30 Pfg.
Bahnhofwirtschaft.

Achtung!
Die freiw. Sanitätskolonne Durlach beginnt bei genügender Beteiligung im Lauf des Monats Mai einen unentgeltlichen Kurs für Frauen u. Mädchen von 18 Jahren ab, in erster Hilfeleistung bei Unglücksfällen. Leiter Herr Dr. Ripstein. Anmeldungen woll. umgehend beim Kolonnenführer Rudolf Meier, Scheffelstraße 19, Tel. 34 erfolgen.

Alsterweiler (weiß) üb. d. Straße Ltr. 60 ₰
Im Ausschank
Alsterweiler Held
¼ Ltr 20 ₰
gar. Naturweine
Im
Weinberg.

Elektr. Licht

installiert, repariert
Elektro-Installationsgesch.
Edmund Müller
Schloßstr. / Tel. 214

Privat-Stenogr. Fachschule
Unterricht in Stenogr. (Reichskurzschrift) Maschinenschreiben u. Schönschreiben erteilt zu mäßigem Preise
Beatrice Autenrieth
staatl. gepr. Lehrerin
Grötzingerstr. 21, III.

Tanzschule Goldschmidt
Hauptstraße 76a
Beginn neuer
Kurse
Einzelunterricht jederzeit.
Gefl. Anmeldungen erbeten.

Schwäbische Zweck-sparkasse für Gewerbe und Handel
G. m. b. H. Stuttgart.
Wir ermöglichen zu 3 % die Erstellung von Eigenheimen, Neubauten, Umbauten, die Ablösung hochprozentiger Hypotheken, Grundschulden und Krediten. Unkündbar.
Nähere Auskunft kostenlos durch die
Bezirksgeschäftsstelle Durlach
Auerstraße 27, II.
Rückporto erbeten.

An-stricken
Aufmaschen und Anfußen sämtl. Strümpfe erhalten Sie schnellstens bei
Paul Burchard
Durlach
Hauptstraße 56a

Obstbäume
Apfel-, Birnen-, Zwetschgen- u. Mirabellen-Hochstämme
Apfel-, Birnen- und Pfirsich-Pyramiden
in guter Qualität und billigste Preise.
Ferner gutbewurzelte
Reben und Johannisbeerstöcke
Andreas Gelter
Durlach-Aue
Telephon 203.